

Ag 29.5.19
[Signature]



AfD-Kreistagsfraktion Gießen • Postfach 10 01 23 • 35331 Gießen

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9

35394 Gießen

Vorlage Nr.: 10241/2019
Mit Antrag
auf direkte
Ausschußberatung

Gießen, 29. Mai 2019

**Antrag zur Sitzung des Kreistages am 24. Juni 2019:
»Resolution gegen die Verlagerung der Finanzaufsicht zu den Regierungspräsidien«**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Fraktion der Alternative für Deutschland bittet Sie, in der Kreistagssitzung am 24. Juni 2019 folgenden Antrag zur Beschlussfassung zu bringen:

Der Kreistag möge beschließen:

Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, von ihren Plänen abzusehen, die Finanzaufsicht weg von den Landkreisen, hin zu den Regierungspräsidien, zu verlagern.

Begründung:

Die von der Hessischen Landesregierung geplante Verlagerung der Finanzaufsicht von den Landkreisen hin zu den Regierungspräsidien ist ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. In der Vergangenheit hat sich die Finanzaufsicht durch die hessischen Landkreise bewährt. Es besteht daher keine Veranlassung, dies zu ändern.

Seite 1 von 2

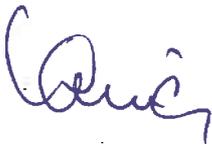
Den individuellen Bedürfnissen der Kommunen kann und wird beim derzeitigen Verfahren passgenauer Rechnung getragen. Es bleibt zu befürchten, dass, sollte die Finanzaufsicht den Kreisen entzogen werden, ausschließlich anhand vereinheitlichter Kennzahlen der Regierungspräsidien entschieden wird.

Die kommunale Selbstverwaltung regelt klar eine solidarische Verantwortung der »kommunalen Familie«. Hierzu zählt auch die Finanzhoheit.

Auch das Prinzip der Subsidiarität wird durch die geplante Maßnahme in Frage gestellt.

Wir bitten, diesen Antrag auch im betroffenen Haupt- und Finanzausschuss des Kreistages zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Heinz Reitz
Vorsitzender der Fraktion

Beschluss des Kreistages vom:

Die Vorlage wird - mit Zusatzbeschluss -
genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung